



09.03.2011

Ressort: BR

DIALOG / JETZT REDE ICH!

Bundeswehr sucht Freiwillige

Über die Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht macht sich dieser Leser Gedanken.

Das geplante Aussetzen der Wehrpflicht zeigt bereits jetzt einen erheblichen Rückgang der Freiwilligenzahl für den Dienst in der Bundeswehr. Die aktuellen Werbekampagnen erinnern auch eher an einen schlechten Karnevalsscherz als an ernst gemeinte Werbung für einen Beruf mit hochqualifizierten Ausbildungsgängen.

Die Bevölkerung und auch die Politiker zeigen ein freundliches Desinteresse bei Fragen zur Bundeswehr. Die eigene Familie ist künftig ja nicht mehr betroffen - für die armen Schlucker und Hartz-IV-Bezieher ist es doch eine reale Chance. Diese Einstellung klingt zwar ketzerisch, ist aber bei unseren Nachbarn und ihren Berufsarmeen bereits traurige Realität. Das Aufkommen an Freiwilligen ist aber, trotz der besonderen Aufwandsentschädigung für die Soldaten im Auslandseinsatz, ernüchternd. Liegt es an der immensen Arbeitszeit, die in der Bundeswehr gar nicht geregelt ist, obwohl dies aufgrund - wohlgerne - europäischer Vorschriften längst überfällig ist?

Bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wird schnell übersehen, dass es sich um die Erhöhungen der Beschäftigten der Länder handelt. Die Soldaten der Bundeswehr haben ihre Solderhöhung bereits zum 01. Januar 2011 erhalten - und zwar 0,6 Prozent.

Wer glaubt, den ehemaligen Berufssoldaten ginge es besser, der täuscht sich gewaltig, denn hier kommen neben einer fehlenden angemessenen Pensionserhöhung auch neue steuerliche Abzüge und das lange bekannte Armutproblem der hinterbliebenen Witwen hinzu.

Die "opulente" Einkommenserhöhung der Soldaten um 0,6 Prozent musste natürlich an anderer Stelle kompensiert werden. Eine seit 2006 vorgenommene Halbierung des bereits um 40 Prozent reduzierten "Weihnachtsgeldes" war ursprünglich bis 2010 begrenzt. Diese Kürzung wurde jetzt auf dem Rücken der Soldaten mit bundesparlamentarischer Mehrheit fortgesetzt. Einer der größten Befürworter war der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière - der jetzt als zur Fürsorge verpflichteter Bundesverteidigungsminister seinen treu dienenden Soldaten in die Augen schauen muss.

Unter dem Strich haben die Soldaten also bereits eine "nominale" Kürzung von 1,84 Prozent zu tragen. Die aktuelle Inflationsprognose von 2,3 Prozent, die noch nicht einmal die Teuerung für Öl, Benzin und Gas enthalten soll, führt für die Soldaten zu einem neuerlichen realen Einkommensverlust von 4,14 Prozent.

Weit über 120 000 Soldaten protestierten gegen die fortgesetzte Kürzung des "Weihnachtsgeldes" in einer Postkartenaktion. Die Wirkung in der Öffentlichkeit war allerdings sehr begrenzt, vielleicht aus Respekt für die Bundeskanzlerin, die auf der Postkarte als Karikatur in die Tasche eines Soldaten greift.

Die Karikatur trügt aber nicht, denn der Bund greift nicht nur bei der Besoldung unverhohlen in die Taschen seiner aktiven und ehemaligen Soldaten. Für die bundeseigenen Wohnungen, die er u.a. den Soldaten vermietet, gilt schon lange keine vergünstigte Miete mehr, sondern der ortsübliche Marktpreis. In seinen Mietskasernen werden aktuell bundesweit Mieterhöhungen bis an die Kappungsgrenze von 20 Prozent gefordert.

Die Bundeswehr steht vor ihrer größten Umstrukturierung überhaupt. Die Einsatzfähigkeit, der Einsatzwille und die daraus resultierende Schlagkraft bedürfen nicht nur moderner Waffensysteme! Früher wie heute, und insbesondere in der Zukunft, sind es die Menschen, die den Soldatenberuf auf sich nehmen, die hoch speziellen fachlichen Aufgaben übernehmen und sich den besonderen körperlichen und psychischen Herausforderungen des Berufes - und leider nicht selten dem Tod - stellen. Die Rahmenbedingungen dürfen dabei jedoch nicht aus den Augen gelassen werden und, liebes Volk, Frau Bundeskanzlerin, Herr Bundesminister, ein freundliches Desinteresse oder fragwürdige Werbeinblendungen werden nicht zum Ziel führen.

Andreas Wulf

Panzerschützen der Panzergrenadierbrigade 41 in Pasewalk auf dem Gelände der historischen Kürassierkaserne in Sichtweite eines Werbeplakats Dein Beruf - Deine Karriere! (Foto: ap)